



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 10.02.2026
– Auszug aus Drucksache 19/10025 –**

**Frage Nummer 26
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter **Patrick Friedl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Angesichts der beschlossenen Erweiterung der Uniklinik Würzburg („Erweiterungsgelände Nord“) und dem sich verzögernden Baubeginn mit „Baufeldfreimachung“ frage ich die Staatsregierung, ob sie plant bei der kommenden Kabinettsitzung in Unterfranken den endgültigen Zeitplan für die Baumaßnahme Uniklinik Würzburg bekannt zu geben, für welche Bereiche mit Mehrkosten zu rechnen ist, nachdem der ursprünglich geplante Baubeginn 2025 sowie das geplante Ende 2032 nicht eingehalten werden können, und für welche Bereiche die Staatsregierung mit Mehrkosten durch die Verzögerung des ursprünglich geplanten Baubeginns 2025 sowie der geplanten Fertigstellung Ende 2032 (bitte die jeweiligen Bereiche mit den geplanten Kostensteigerungen angeben) rechnet?

Antwort des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

Der in Planung befindliche erste Bauabschnitt für den Neubau des Kopfklinikums und des Zentrums Frauen-Mutter-Kind am Universitätsklinikum Würzburg (UKW) umfasst die Unterbringung der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde und Augenklinik, der Frauenheilkunde sowie Operationssäle, Intensivpflege und Zentraleinrichtungen mit einer Nutzungsfläche von insgesamt ca. 30.000 m².

Es ist beabsichtigt, den Ministerrat zeitnah mit den geschilderten Neubaumaßnahmen am UKW zu befassen; dies soll als Grundlage für die weiteren Behandlungen im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen dienen.

Bei dem Uniklinik-Großprojekt handelt es sich um eines der größten und damit auch kostenintensivsten Bauprojekte des Freistaats, das zudem von einer sehr hohen Komplexität gekennzeichnet ist. Dies spiegelt sich auch im Planungsprozess wider.

So sind z. B. bei dieser Maßnahme Umplanungen zum einen durch Umstellung auf Nutzung regenerativer Energien erfolgt. Zum anderen erfordern gesetzliche Vorgaben insbesondere im Klinikbau regelmäßig Anpassungen technischer Normen.

Um die Auswirkungen durch solche Erfordernisse möglichst überschaubar zu halten, werden seitens der Staatsregierung fortlaufend Beschleunigungsmöglichkeiten

geprüft und umgesetzt, auch mit dem Ziel, Kostensteigerungen im Projekt zu vermeiden und Kostensenkungspotenziale zu realisieren. Fakt ist: Es gab bisher keinerlei Planungsunterbrechung – es wird alles mit Hochdruck vorangetrieben.

Damit das Neubauvorhaben in Würzburg plangemäß voranschreiten und im Herbst 2026 mit den Arbeiten vor Ort begonnen werden kann, soll als nächster Schritt nach Behandlung im Kabinett eine Befassung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags mit notwendigen vorgezogenen Erschließungsmaßnahmen (insb. Arten- und Naturschutzmaßnahmen) auf dem Erweiterungsgelände Nord des Universitätsklinikums Würzburg erfolgen.